

Zusammenfassung der Vorfälle in der SKK

Vorlauf: Frau Hirth rief am 13.04. bei mir an und bat um Hilfe. Vor dem Gebäude der Essensausgabe würden ca. 50 Menschen stehen, um auf ihre Probleme aufmerksam zu machen.

Vor Ort gab es Gespräche mit den Asylbewerbern mit Hilfe des Übersetzers Herrn Atef.

Weiterhin habe ich mit der Geschäftsleitung vor Ort gesprochen. Es wurde ein gemeinsames Gespräch zwischen einer Abordnung der Asylbewerber, der Geschäftsleitung und meiner Person vereinbart.

Am Abend rief Frau Hermenau an und sagte zunächst den Termin für den 14.04. ab. Sie wollte weiterhin, dass ich meine Bemühungen vor Ort einstellen sollte, stimmte jedoch einem Gespräch für den nächsten Tag dann doch überraschend wieder zu.

Teilnehmen sollte Frau Lieske von der Firma Prisod. Dieses Gespräch fand dann auch statt. Übersetzer/in waren Herr Atef und Frau Er.

Man einigte sich nach Austausch der Vorgänge auf eine Erstellung einer Liste, die als Inhalt haben sollte, den Anspruch auf eine Umsetzung in Gemeinschaftsunterkünfte nachzuweisen.

Die anderen Beschwerden, wie die Verpflegung und die Reinigung und der Sicherheitsdienst, wurden nur am Rande gestreift.

Zu keinem Zeitpunkt gab es Versprechungen an die Asylbewerber / innen.

Die besagte Liste wurde mir am 15.04.16 ausgehändigt. Am Montag sollte dann über die weiteren Maßnahmen gesprochen werden.

Am 18.04.16 habe ich in meiner Eigenschaft als Bezirksverordneter Spandau`s mit dem Lageso Kontakt aufgenommen, um die weiteren Schritte abzuklären. Am Abend wurden dann den Asylbewohnern der Sachstand erläutert.

Dienstag sollten die Gespräche fortgesetzt werden. Um 13.33 erhielt ich per Mail ein Hausverbot und ein Platzverweis durch die Firma Prisod.

Man wollte den weiteren Kontakt unterbrechen. Doch es kam zu einer Versammlung vor dem Prisodgebäude bzw. auf dem öffentlichen Straßenland. Hier war auch die Polizei vor Ort. Man bat mich, die nicht genehmigte Versammlung aufzulösen. Das geschah auch. Die Menschen waren darüber sehr aufgebracht.

Um eine friedliche Auflösung zu sichern, gab ich ihnen das Versprechen am Mittwoch, mit ihnen eine genehmigte Pressekonferenz durchzuführen.

Diese Versammlung wurde durch die Polizei genehmigt und verlief am nächsten Tag sehr friedlich und in guter Stimmung.

Jetzt gab ich den Asylbewerbern mein Wort, die vorgetragenen Vorwürfe in Einzelgesprächen zu prüfen.

Es bleibt noch festzuhalten, dass der Eigentümer des Geländes, die BIMA, nie ein Platzverbot ausgesprochen hat. Schon hier sagt die Firma Prisod die Unwahrheit.

Es wurde vereinbart, Einzelgespräche am Dienstag, den 26.04.16 anzubieten.

Diese fanden dann in drei Abschnitten statt.

Folgende Beschwerden wurden immer wieder vorgetragen:

- a) Das unzureichende Frühstück... 1 Teebeutel, 1 Stück Zucker, etwas Honig, 1 Butter, 1 Scheibe Käse, 1 Scheibe Wurst und zwei Brötchen**
- b) Es wurde auch immer wieder nachgefragt, ob es statt der Brötchen, nicht Fladenbrot geben könnte...**
- c) Am Abend gibt es das „GLEICHE“, wie am Morgen!**
- d) Zum Mittag gibt es fast jeden Tag Nudeln mit Beilage!**
- e) Als Beispiel: ein Leistungssportler verlor ca. 25 Kilogramm an Gewicht.**
- f) Stark bemängelt wird auch der Umgang durch den Sicherheitsdienst. Hier sind es fast ausschließlich türkische Mitarbeiter, die den Umgang mit den Asylbewerbern nicht gelernt haben. Es herrscht oftmals ein sehr**

unhöflicher Umgangston. Es gibt wenig Achtung vor den unterschiedlichen Nationalitäten. Die Asylbewohner fühlen sich „Bevormundet“ und es fehlt am notwendigen Respekt; BESONDERS DEN FRAUEN GEGENÜBER!

- g) Weiterhin klagt man über zu viele Menschen in engen Räumen und es gibt sogar Übernachtungen von Besuchern, die alles noch enger machen.*
- h) Bemängelt wird ebenfalls die **ÄRZTLICHE VERSORGUNG**. Hier gibt es oftmals keine Ausgabe von Medikamenten und oft die Empfehlung..einfach mehr Wasser zu trinken! Hier stellt sich auch die Frage, der richtigen Übersetzung.*
- i) Desweiteren wurden oftmals auch Blankounterschriften für Verlängerungsanträge eingefordert.*
- j) Es finden auch keine Eingangsuntersuchungen statt.*
- k) Beklagt wird zurzeit auch, dass sich viele Menschen „kratzen“ müssen!*
- l) Es wird viel zu wenig mit den Bewohnern über ihre Anliegen gesprochen.*
- m) Sie werden oft nach langen Wartezeiten einfach wieder weg geschickt.*
- n) Keine Absprache mit Terminen, damit Kurse eingehalten werden können.*
- o) Leistungsnachlass der Kinder in den Schule.*
- p) Drohungen gegenüber den Asylbewerberinnen, ihnen ihre Kinder wegzunehmen, wenn sie weiter für ihre Rechte eintreten würden. Es kam zu tätlichen Angriffen.*

Ausschlaggebend für den Hilferuf der Menschen in der SKK, sind die nicht erfolgten Umsetzungen in Gemeinschaftunterkünfte. Hier soll es ebenfalls Vorfälle gegeben haben, dass freie Plätze mit Familien besetzt wurden, die noch nicht solange vor Ort waren.

Hier besteht in jedem Falle ein hoher Informationsbedarf.

*Ich habe die Asylbewohner, die mir ihre Sorgen und Nöte mitgeteilt haben, stets **FREUNDLICH** und **OFFEN** kennengelernt.*

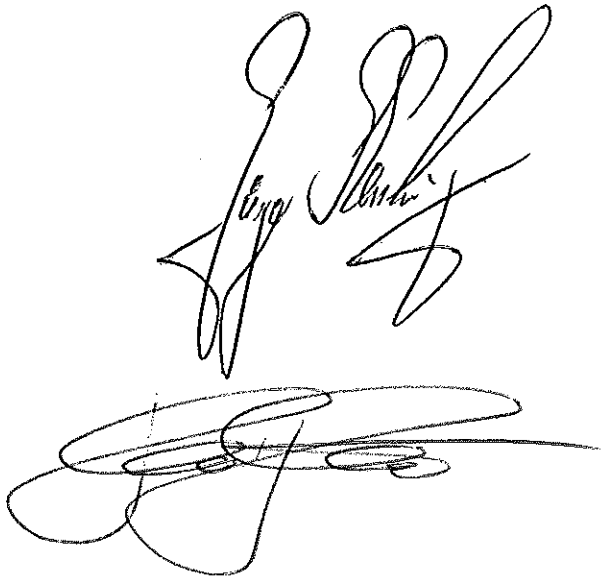
*Ich werde mich weiterhin für ihre Belange einsetzen und mich nicht von der **Prisod** einschüchtern lassen.*

**Alle Gespräche wurden von zwei unabhängigen Übersetzern
/in durchgeführt.**

Spandau, den 02.05.2016

Anlagen:

Für die Richtigkeit der Angaben :



Two handwritten signatures are present. The first signature on the left is written in a cursive style and appears to contain the word 'Ergo'. The second signature on the right is also cursive and appears to contain the word 'Blind'. Below these two signatures is a large, complex, scribbled signature that is difficult to decipher.



A single handwritten signature is present on the right side of the page. It is written in a cursive style and is somewhat stylized.



PRISOD
Wohnheimbetriebs GmbH

PRISOD GmbH | Schmidt-Knobelsdorf-Str. 31 (Haus 52), 13581 Berlin

Jürgen Keßling
- persönlich -

www.prisod-wohnen.de
kontakt@prisod-wohnen.de

PRISOD Wohnheimbetriebs GmbH
Degnerstraße 82
13053 Berlin

Telefon 030 / 983 131 25
Fax 030 / 983 132 80

Geschäftsführung Susanne Menk, Erich Esser

Amtsgericht Charlottenburg
HRB 117130 B
UST-ID-Nr.: DE 194547681

Volks- und Raiffeisenbank Fürstenwalde eG
IBAN: DE49 1709 2404 0000 182109
BIC: GENODEF1FW1

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

unsere Zeichen, unsere Nachricht vom

Tel.: (030)
33977590

Berlin,
19.04.2016

Hausverbot und Platzverweis

Sehr geehrter Herr Keßling,

hiermit erteile ich Ihnen im Namen der PRISOD Wohnheimbetriebs GmbH ein Hausverbot für alle Objekte auf dem Gelände der ehemaligen Schmidt-Knobelsdorf-Kaserne, die das Unternehmen als Notunterkunft für Asylsuchende betreibt. Parallel dazu ergeht an Sie ein Platzverweis seitens der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA).

Sie sind ab sofort nicht mehr befugt, das Gelände und die Häuser an der Schmidt-Knobelsdorf-Str. 31 zu betreten. Hausverbot und Platzverweis gelten ab sofort und bis auf Widerruf. Bei Zuwiderhandlungen behalten sich die PRISOD GmbH bzw. die BImA rechtliche Schritte gegen Sie vor.

Begründung: Unser Auftrag durch das LAGeSo sieht vor, eine Notunterkunft mit derzeit 1300 Flüchtlingen und Asylsuchenden aus mehr als 25 verschiedenen Herkunftsländern zu betreiben. Neben der Versorgung und Unterbringung betreuen wir die Menschen, z.B. bei Vermittlung in Schule und Kita, zu Ärzten und Deutschkursen. Die Kommunikation von Informationen spielt eine große Rolle, der wir viel Bedeutung beimessen, um unnötige Konflikte zu vermeiden.

Sie haben wiederholt das Gelände aufgesucht, sich den Asylsuchenden als externer Gesprächspartner angeboten und als „Politiker“ vorgestellt, der für ihre Interessen eintreten werde. Es fanden „Versammlungen“ und „Demonstrationen“ statt, zu denen sich die Flüchtlinge durch Sie eingeladen fühlten. Dadurch wurden wiederholt Konkurrenz- und Stresssituationen unter den Flüchtlingen geschaffen, die sich durch Aggressionen entladen und die Sicherheit innerhalb der Unterkunft gefährden könnten.

Ihre Versprechungen, etwas für die Menschen tun zu können, die z.B. den Transfer in eine Unterkunft mit einzelnen Wohnungen oder die Finanzierung von zusätzlichem Reinigungspersonal fordern, widerspricht den Aussagen der vor Ort hauptamtlich tätigen Sozialarbeiter und Einrichtungsleiter. Sie generieren sich gegenüber einigen Bewohnern als ein „Politiker, der helfen will“ und beanspruchen, für diese Menschen verhandeln zu können, obwohl Sie dieses Versprechen nicht einlösen können und lediglich eine kleine Gruppe der dort untergebrachten Menschen berücksichtigen. Zusätzliche Konflikte sind bei diesem Verhalten vorprogrammiert.

Die PRISOD GmbH hat Sie mehrfach kontaktiert und aufgefordert, dieses Verhalten einzustellen. Da Sie sich als nicht einsichtig gezeigt haben und stets erneut Bewohner versammeln und Hoffnungen schüren möchten, stellen Hausverbot und Platzverweis einen letztmöglichen Schritt dar, um den Frieden auf dem Gelände und die tatsächlich zuständigen hauptamtlichen Mitarbeiter zu schützen.

Mit freundlichen Grüßen


Erich Esser
Geschäftsführung


13. 33



Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Postfach 12 01 53, 10591 Berlin

Herrn Jürgen Kessling
Burbacher Weg 2

13583 Berlin

SPARTE Facility Management
GESCHÄFTSZEICHEN BEFM 2000
ANSPRECHPARTNER Herr Kallabis
ANSCHRIFT Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
Fasanenstr. 87
10623 Berlin
TEL +49 (0)30 3181-2200 (oder -0)
FAX +49 (0)30 3181-1460
E-MAIL hans-jochen.kallabis@bundesimmobilien.de
INTERNET www.bundesimmobilien.de

DATUM 25.04.2016

Berlin-Spandau, Schmidt-Knobelsdorff-Straße

Unterbringung von Flüchtlinge; hier: Erteilung eines Platzverbotes durch die PRISOD GmbH


Sehr geehrter Herr Kessling,
in dieser Sache hat uns nunmehr die PRISOD GmbH mit Mail vom 19.04.2016 angeschrieben und um Bestätigung des Platzverbotes gebeten. Wir haben wie aus der Anlage ersichtlich geantwortet.

Vorsorglich weise ich auf folgendes hin:

Die Bundesanstalt hat die für die Unterbringung von Flüchtlingen erforderlichen Flächen dem Land Berlin zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung überlassen. Damit ist insoweit auch das Hausrecht auf das Land Berlin übergegangen. Unsere Aufforderung an die PRISOD bezieht sich somit nur darauf, keine Erklärungen für die Bundesanstalt abzugeben. Ob und inwiefern die PRISOD befugt ist, Erklärungen für das Land Berlin abzugeben, ist Gegenstand der vertraglichen Gestaltung des Betreibervertrages zwischen Land Berlin und PRISOD. Dieser ist uns nicht bekannt. Sofern die PRISOD somit befugt ist, entsprechende Betretungsverbote im Namen des Landes Berlin aussprechen, wären diese zu beachten.

Mit freundlichem Gruß

Im Auftrag


Kallabis

Kallabis, Hans-Jochen

Von: Kraus, Astrid
Gesendet: Freitag, 22. April 2016 08:36
An: 'pressestelle@prisod-wohnen.berlin'
Cc: Kraft, Holger; Kallabis, Hans-Jochen
Betreff: AW: Anfrage zu Platzverweis

Von: Susan Hermenau [mailto:pressestelle@prisod-wohnen.de]
Gesendet: Dienstag, 19. April 2016 14:20
An: Kraus, Astrid
Betreff: Anfrage zu Platzverweis

Sehr geehrte Frau Kraus,

auf dem Gelände der ehemaligen Schmidt-Knobelsdorf-Kaserne in Berlin-Spandau betreiben wir eine Notunterkunft für Flüchtlinge und Asylbewerber. Einem ehrenamtlichen Bürger mussten wir ein Hausverbot erteilen, weil er unsere soziale Arbeit kolportiert, indem er einzelnen Flüchtlingen Versprechungen macht, z.B. für eine Verlegung in eine komfortablere Unterkunft zu sorgen. Dadurch ist es zu internen Vorfällen gekommen, weil sich Bewohner ungerecht behandelt fühlen und die Aussagen der hauptamtlich tätigen Mitarbeiter in Frage gestellt werden. Wir möchten Sie daher bitten, dem Herrn einen Platzverweis zu erteilen. Dazu genügt eine formlose Bestätigung per Mail.

Im Anhang finden Sie zu Ihrer Information das von uns ausgegebene Hausverbot.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Mit freundlichen Grüßen

Susan Hermenau
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit -

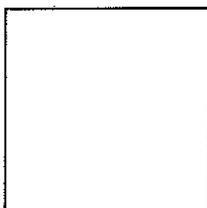
Pressestelle

PRISOD Wohnheimbetriebs GmbH
Mühlenstr. 33-34, 13187 Berlin
Telefon: 030 9120779-23
Mobil: 0160 99830839
Telefax: 030 9120779-29
Website: www.prisod-wohnen.de

Geschäftssitz

PRISOD Wohnheimbetriebs GmbH
Degnerstr. 82, 13053 Berlin
Telefon: 030 98313125
Telefax: 030 98313280

Geschäftsführerin: Susanne Menk
Amtsgericht Charlottenburg
HRB-Nr.: 117130 B



Diese E-Mail wurde von Avast Antivirus-Software auf Viren geprüft.
www.avast.com

Kallabis, Hans-Jochen

Von: Kallabis, Hans-Jochen
Gesendet: Montag, 25. April 2016 09:07
An: 'pressestelle@prisod-wohnen.de'
Cc: Giese, Lothar; Kraft, Holger; Oguz, Metin; Klier, Torsten; 'marc.kuper@bim-berlin.de'
Betreff: Flüchtlingsunterbringung Schmidt-Knobelsdorff-Straße; hier: Platzverweise für Herrn Kessling
Anlagen: AW: Anfrage zu Platzverweis

Sehr geehrte Frau Hermenau,
wie Sie wissen, wurden die für die Flüchtlingsunterbringung erforderlichen Flächen der Liegenschaft Schmidt-Knobelsdorff-Straße, dem Land Berlin zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung übergeben. In diesem Zuge hat das Land Berlin wiederum einen Vertrag mit der PRISOD GmbH geschlossen.

Mit der Übergabe der Flächen ist auch das Hausrecht auf das Land Berlin übergegangen. Ein Betretungsverbot kann daher eigenverantwortlich ausgesprochen werden und Bedarf nicht der Mithilfe der Bundesanstalt.

Im übrigen weise ich auf folgendes hin:
Herr Kessling hat uns Ihr Schreiben vom 19.04.2016 zu geleitet. In diesem Schreiben führen Sie aus:

„Parallel dazu ergeht an Sie ein Platzverweis seitens der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA)“

Wir haben Herrn Kessling bereits darauf hingewiesen, daß die PRISOD GmbH nicht befugt ist, für die Bundesanstalt Erklärungen abzugeben oder mögliche Erklärungen der Bundesanstalt anzukündigen oder gar zu determinieren. Wir werden daher sowohl Ihre Mail als auch diese Antwort Herrn Kessling zur Kenntnis geben.

Die PRISOD GmbH fordern wir auf, künftig zu unterlassen, nicht mit der Bundesanstalt abgestimmte bzw. autorisierte Erklärungen im Namen der Bundesanstalt abzugeben und uns dies gegenüber verbindlich zu bestätigen.

Hochachtungsvoll

Hans-Jochen Kallabis
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
Direktion Berlin/Abteilungsleiter Dienstliegenschaften
Fasanenstraße 87, 10623 Berlin
Tel.: 030/3181-2200
Fax: 030/3181-1460
Mail: hans-jochen.kallabis@bundesimmobilien.de

Schule am Staakener Kleeblatt

Integrierte Sekundarschule Spandau
Brunsbütteler Damm 431/437, 13591 Berlin

Berlin-Spandau



Telefon: 364 03 30

Fax: 364 033 111

E-Mail: 05k09.schule.berlin.de

LaGeSo
Turmstrasse 21
10559 Berlin

Berlin, 15.03.2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

Familie Kabisho

Sehr geehrte Damen und Herren,

Joud und Hasan Kabisho sind seit November 2015 Schüler einer Willkommensklasse an unserer Oberschule am Staakener Kleeblatt im Bezirk Spandau.

Beide sind sehr lernwillige, aufmerksame und freundliche Schüler. In letzter Zeit beobachten jedoch die Pädagoginnen ein Zurückziehen und eine Niedergeschlagenheit vor allen Dingen bei Joud.

In mehreren Gesprächen mit Joud gibt sie als Ursache ihres veränderten Verhaltens die schwierige Wohnsituation und die Versorgung im Wohnheim Schmidt-Knobelsdorf- Strasse 31 in Spandau an.

Für Joud, Hasan und ihre Familie wäre es von Vorteil, wenn sie in einem Wohnheim mit eigener Kochmöglichkeit solange unterkommen könnten, bis sie eine geeignete Wohnung gefunden haben.

Deshalb bitten wir sie hier die Familie zu unterstützen und Ihnen eine Wohnmöglichkeit mit Kochgelegenheit im Wohnheim in der Pichelswerderstraße 3-5 oder in einem ähnlich ausgestatteten Wohnort in Spandau zu ermöglichen, damit die Kinder auch weiterhin die Schulplätze in den Spandauer Schulen wahrnehmen können.

Danke für Ihr Verständnis und Ihre Unterstützung,

mit freundlichen Grüßen

I. V. C. Diage

Hempel
stellv. Schulleiterin

Schule am Staakener Kleeblatt
(Integrierte Sekundarschule)
05K09
Brunsbütteler Damm 431/437
13591 Berlin
Tel.: 030 364 033-0